

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 50 (1951)

**Artikel:** Der Friede von Basel : I. Teil  
**Autor:** Real, Willy  
**Kapitel:** 2: Die Bemühungen der Friedenspartei um die Person des Königs  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-116375>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

tragens, weil sie mir immer eine seelerschütternde Erinnerung und für den Herrn Major gar zu tiefe Demütigung ist <sup>67</sup>.»

Aber wir haben vorgegriffen. Es war noch ein weiter Weg bis zu dem Augenblick, da der König die ohne sein Wissen eingeleiteten Besprechungen nachträglich genehmigte und durch die Ernennung eines Bevollmächtigten bewies, daß er entschlossen war, mit dem Gegner von gestern einen Ausgleich zu suchen. Diesen Weg zu verfolgen, wird die Aufgabe des nächsten Kapitels sein.

## Zweites Kapitel

### *Die Bemühungen der Friedenspartei um die Person des Königs*

Die vielen Stimmen, die im Frühsommer 1792 vor einem Feldzug gegen Frankreich gewarnt hatten, sollten nicht mehr verstummen, solange der Krieg andauerte, so daß es mehr und mehr geboten schien, auch den König von der Nutzlosigkeit einer Fortsetzung des Ringens zu überzeugen. Denn schon befürchtete man in Berlin ernsthaft Demonstrationen und sprach man davon, den Prinzen Heinrich, den Onkel des regierenden Königs, für die Führung einer solchen Bewegung der Kriegsgegner zu gewinnen <sup>68</sup>. Weder in den obersten Staatsämtern und der Umgebung des Monarchen noch in den Kreisen des gebildeten Bürgertums nahm man noch einen inneren Anteil an den Geschehnissen des Krieges <sup>69</sup>. Man sah in ihnen vielmehr eine überflüssige Last, der man sich möglichst schnell wieder zu entledigen hatte. Die literarische Opposition erhob immer kühner ihr Haupt und mahnte zur Aufgabe eines Kampfes, in dem es Lorbeeren nicht mehr zu ernten gab. Da waren dann auch in Zeitungen und Wochenschriften Verse wie diese zu lesen:

Friedrich Wilhelm, ruf es wieder,  
ruf dein tapfres Heer zurück!  
Laßt uns sein der Franken Brüder,  
so gebeut es das Geschick.

<sup>67</sup> Schmerz' Tagebuch (Fassung des Pr. G. St. A.).

<sup>68</sup> Rich. Krauel, Prinz Heinrich von Preußen als Politiker, S. 60.

<sup>69</sup> Die Briefe, die der 1793 als geheimer Finanzrat nach Berlin berufene Günther v. Göckingk an den gräflichen Bibliothekar Benzler in Wernigerode richtete, spiegeln deutlich die Stimmung wider, wie sie damals in dem hohen preußischen Beamtentum anzutreffen war. (Siehe H. Pröhle, Der Dichter v. Göckingk über Berlin und Preußen unter Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Zs. f. Preuß. Gesch. u. Landeskunde, Bd. XIV, 1877, S. 29 ff., 31, 33, 35, 37, 41).

Selbst Männer von Einsicht und Geist wie Vincke fragten zornig, wie lange Preußen denn eigentlich noch ein freiwilliges Opfer österreichischer Falschheit bleiben werde; denn war man sich einerseits bewußt, wie gefährlich sich das preußisch-österreichische Verhältnis nach der zweiten Teilung Polens zugespitzt hatte, so glaubte man andererseits Anhaltspunkte dafür zu haben, daß nach Robespierres Tod die Gemäßigten in Frankreich kein dringenderes Bedürfnis hatten, als wenigstens mit Preußen wieder normale Beziehungen herzustellen, daß es also nur bei Preußen liege, durch eine entschlossene Friedenspolitik am Ende auch die Gleichgesinnten im Reiche zu sich herüberzuziehen. Denn es war allgemein bekannt, daß namentlich in den vorderen Reichskreisen Oberdeutschlands der gleiche Wunsch nach einem Frieden immer lauter wurde. Zwar hatte sich der Regensburger Reichstag am 13. Oktober für die Annahme des vom Kaiser vorgeschlagenen Quintuplums entschieden, aber die tatsächlichen Tendenzen der deutschen Staatenwelt kamen in dem Friedensantrag, den das einst so kriegsbegeisterte Kurmainz am 24. Oktober vorlegte, sehr viel wahrer zum Ausdruck, mochte auch jetzt noch so mancher Reichsstand eine reichspatriotische Haltung zur Schau tragen, sei es, um sich nicht dem Vorwurf des Kleinmuts und der Verzagtheit auszusetzen, sei es, um einen leidlich ehrenvollen Frieden auf der Basis der Rückerstattung der besetzten Gebiete und der Anerkennung der Republik anzustreben <sup>70</sup>.

Waren schon im Offizierkorps die Männer des kühnen Entschlusses selten geworden und handelten nur noch wenige wie etwa der Erbprinz von Hohenlohe so, wie es vor wenigen Jahrzehnten noch gang und gäbe gewesen war, so war von den Männern der Feder und der zünftigen Diplomatie noch viel weniger ein Ausharren in der Krise des Jahres 1794 zu erwarten. Nun schienen alle diejenigen gerechtfertigt, die schon nach den ersten Rückschlägen im Herbst 1792 der Beendigung des Unternehmens das Wort geredet oder überhaupt vor diesem Kriege gewarnt hatten. Bedenkt man, wie allenthalben ein beklemmendes Gefühl der Wehrlosigkeit die Diener und Berater der deutschen Fürsten ergriff und überblickt man alle die auf einen Frieden zusteuernenden Kräfte, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Möllendorffs eigenmächtiges Vorgehen, eine wie schwere Verfehlung gegen Rang und Tradition seiner dienstlichen Stellung es auch war, geradezu er-

---

<sup>70</sup> Über die Vorgänge in Regensburg, s. die Diss. von Joh. Schick passim; über das Quintuplum, S. 114 ff.; über den Mainzer Friedensantrag, S. 123 ff.; vgl. auch Frankenstein, 171 ff. und 192 ff. Bei Braubach (Max Franz), S. 287 auch das Votum des Kölner Kurfürsten vom 31. X. 1794 an seinen Reichstagsgesandten v. Karg; vgl. auch Schick, 149.

wartet werden mußte. Er machte sich schließlich zum Vollstrecker der Tendenzen, die Heer und Politik in gleicher Weise beherrschten. Er durfte sich für gerechtfertigt halten, sobald er mit Erfolg die erste Gefahrenzone durchmessen hatte. Selbst der aus dem Reiche stammende und dem preußischen Staatswesen noch nicht so verpflichtete Hardenberg teilte bis zu einem gewissen Grade diese Ansicht. Schon am 24. Januar 1794 hatte er in einer Denkschrift dargelegt, daß Preußen sich nicht länger für österreichische Interessen ausnutzen lassen dürfe, und geraten, die Republik anzuerkennen und selbst vor einem Teilfrieden nicht zurückzuschrecken, wenn dieser zur Anbahnung eines allgemeinen Friedens vonnöten sei. Diese Auffassung vertrat er auch jetzt, als er am 26. Juli noch einmal auf die Notwendigkeit hinwies, schnell mittels eines Friedens aus der politischen Not des Tages herauszukommen<sup>71</sup>. Er sollte seiner These von der Berechtigung eines Separatfriedens, falls sich an diesen ein allgemeiner Friede anschlosse, treu bleiben bis lange über den Abschluß von Basel hinaus. Als Haugwitz, der in seiner labilen Gesinnung sich nicht entscheiden mochte, bevor sich nicht auch der König festgelegt hatte, ihn unterm 30. Juli nach seiner Ansicht fragte, gab Hardenberg eine recht kennzeichnende Antwort. Ein Sonderfriede sei unvereinbar mit der Wiener Allianz, der Petersburger Teilungskonvention und den Abmachungen mit den Seemächten; er sei ein gar gefährlicher Freund, vor dem er zu warnen habe, während er zu jenem anderen Freund, dem allgemeinen Frieden an der Seite der Verbündeten, jede mögliche Verbindung zu suchen empfahl<sup>72</sup>. Überdies sei der Feind gar nicht so stark, wie man annehme; es fehlten auf preußischer Seite nur Wille und Kraft, und Möllendorff werde umgehen, daß einem das Herz brechen könne. Gewiß sah auch Hardenberg in trüben Stunden in einem schnellen Friedensschluß die einzige Möglichkeit, Preußen zu retten, aber immer schwebte ihm dabei doch vor, gemeinsam mit den Verbündeten zu handeln – wenn es sein mußte, auch unter Anerkennung der Republik; denn diese mußte nach seinem Urteil doch einmal erfolgen. Nie aber durfte Preußen es auf sich nehmen, durch einen einseitigen Rücktritt vom Kriege einen

<sup>71</sup> Ranke, Hardenberg, I, 160 und 215.

<sup>72</sup> Haugwitz an Hardenberg, 30. 7. 1794, und Hardenberg an Haugwitz, 30. Juli, 3. und 12. August, 2., 5. und 25. September 1794 (Pr. G. St. A.). In allen diesen Briefen wendet sich Hardenberg heftig gegen den von Möllendorff vertretenen Separatfrieden. Immer wieder hebt er hervor, wie Preußen sich bei einem Abfall von der Koalition die Rache der Verbündeten zuzöge und in seiner Isolierung einem neuen siebenjährigen Kriege keineswegs gewachsen wäre. Vgl. auch Ranke, I, 222 f.; Zierke, 39 ff. – Über Haugwitz, s. Ranke, I, 219 ff., und Wendland, 147.



für die Zukunft folgeschweren Bruch mit Rußland herauszufordern, Österreich endgültig von sich zu stoßen und in selbstgewählter Isolierung von allen wichtigen Aktionen der europäischen Kabinette ausgeschlossen zu werden, also in dem Augenblick auf die Schattenseite des Geschehens gedrängt zu werden, wo in Polen wichtigste Interessen der Monarchie auf dem Spiele standen. Er wußte, daß die eifrigsten Wortführer eines Sonderfriedens schon von einer Allianz mit der Republik träumten. Für die Zukunft stritt auch Hardenberg eine solche Möglichkeit nicht ab, aber im Augenblick wußte er nicht einmal, mit wem man denn eigentlich verhandeln sollte. Wäre es darum nicht ratsam, so fragte er, mit den Seemächten zusammenzugehen, ohne zugleich von ihnen abhängig zu werden? Denn nicht Nachgiebigkeit konnte nach seinen Worten in dieser kritischen Lage einen erträglichen Frieden stiften, sondern nur jene feste Haltung, die dem Gegner bewies, daß man nicht bereit war, ein Diktat hinzunehmen<sup>73</sup>. Sich kurzerhand aus allen Verwicklungen Westeuropas durch einen Sonderfrieden zu lösen, bedeutete für ihn noch keine Überwindung aller Schwierigkeiten. Allein der Gedanke, an der Spitze der Friedensbewegung einen Waffenstillstand zu suchen, der den Ständen des Reiches durch ihre Einbeziehung in ein solches Abkommen den Weg des Anschlusses an Preußen öffnete, das war eher ein Ziel, das zu verfolgen sich lohnte. Denn nur so litt das Ansehen der Monarchie keinen Schaden, und Österreich konnte nicht übermächtig werden.

Das war die Antwort, die er seinem Freunde, dem nach Berlin reisenden Geheimrat Gervinus, für den Grafen Haugwitz mitgab. Seine Bedenken von höchster Eindringlichkeit ließen erkennen, daß seine Gedanken weit über die Grenzpfähle des Staates, dem zu dienen er sich freiwillig entschieden hatte, hinausreichten. In ihm war der altdeutsche Reichsgedanke in seinem immer noch so farbenreichen Abglanz lebendig geblieben und verwob sich nun in ihm mit den sich verdichtenden Ansprüchen des preußischen Staatswesens an das Reich.

Es ist in diesem Zusammenhang auch bezeichnend, daß den Gedankengängen Hardenbergs nicht die Berliner Kabinettsminister am nächsten kamen, sondern Görtz, der preußische Vertreter in Regensburg. In einer im August 1794 in Bayreuth stattgefundenen Unterredung entwickelte dieser dem ihm nahestehenden Hardenberg seine Ansicht, aus der Not eine Tugend zu machen und mit dem unabweislich notwendigen Frieden für Preußen eine besondere schiedsrichterliche Stellung im Reich, wenn nicht gar im Kreise

<sup>73</sup> Bericht Hardenbergs vom 24. 9. 1794 (Pr. G. St. A.). Über die Stimmung im preuß. Offizierkorps war Hardenberg genau unterrichtet.

der Kriegführenden überhaupt, zu erjagen. Zu diesem Zwecke mußte Preußen nach seiner Ansicht die Armee in ihren Rheinstellungen belassen und den Abmarsch nach Holland verweigern, und wenn dann Frankreich verspreche, den Rhein nicht zu überschreiten und in einem künftigen Frieden den Vorkriegszustand anzuerkennen, sei nicht nur Preußen gerettet, sondern durch die Neutralisierung des Reiches oder doch derjenigen Stände, die sie wünschten, auch das Reich, in welchem denn das Ansehen des Königs dasjenige des Kaisers erheblich überstieg <sup>74</sup>.

Es ist den Befürwortern eines Friedens vorgeworfen worden, sie hätten Preußen zum Bruch der Verträge verleitet. Wer aber folgte noch den Zielen, die man 1792 auf die Fahnen geschrieben hatte? Wenn die Interessen Englands und Österreichs eine Fortsetzung des Krieges erheischten, wer konnte bestreiten, daß die preußischen Interessen umgekehrt nach einem Ausscheiden aus dem Krieg verlangten? Die Rücksicht auf eingegangene Verträge stellte in der Ära der Kabinettspolitik doch nur eine relative Bindung dar, die hinter den Erfordernissen der Staatsräson zurückzutreten pflegte. Und bedeutete denn Frankreich überhaupt noch für Preußen eine tödliche Gefahr? Schien sich nach dem 9 thermidor nicht eine Ordnung anbahnen zu wollen, die zwar die Monarchie ablehnte, aber ein Nebeneinander beider politischen Lebensformen nicht mehr ausschloß? Wenn sich also im Westen die Möglichkeit einer politischen Beruhigung abzeichnete, so gebot nach Ansicht der Friedensfreunde die zeitlich parallel laufende katastrophale Wendung im Osten erst recht, jede Gelegenheit wahrzunehmen <sup>75</sup>. Hatte man einen Meister der Menschenbehandlung zur Stelle, der all dieses geschickt zu kombinieren verstand, so konnte man wohl glauben, auch den König für den Frieden zu gewinnen <sup>76</sup>. Alles in allem ging jedenfalls die Friedenspartei nicht ohne Aussicht in den Kampf um die Person des Königs, der denkwürdig bleibt durch die Festigkeit, die der Monarch hierbei bewies <sup>77</sup>.

<sup>74</sup> Ranke, I, 219 ff. Vgl. auch L. Frhr. v. Ledebur, Mitteilungen aus den nachgelass. Papieren eines preuß. Diplomaten, Berlin, 1868, I. Bd.

<sup>75</sup> Wenn Thugut die Gunst der Zarin suchte und die Ausschaltung Preußens im Osten verfolgte, andererseits den Bund mit England behutsam pflegte, mußte er automatisch das so labile Verhältnis Preußens zu England noch mehr entkräften und so – ungewollt – Preußen noch mehr für den Gedanken eines Friedens empfänglich machen. Vgl. Ernstberger, 95; Ranke, I, 235 f.

<sup>76</sup> P. Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795–1807, Diplom. Korresp., Leipzig, 1881/87, hier Bd. I, Einleitung, S. IX.

<sup>77</sup> Vgl. hierzu P. Bailleu, König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel, H. Z. 75, 1895, S. 237 ff. (wieder abgedruckt in «Preußischer Wille», 1924, S. 105 ff.), ferner Th. Heigel, Deutsche Geschichte etc.,

Denn dieser König dachte vorerst nicht an eine Aufgabe des Ringens im Westen. Er wies die Ansinnen seiner Berater zurück, so unermüdlich sie auch in jenen Monaten in stets entschiedeneren Variationen auf Friedrich den Großen und das preußische Staatsinteresse verwiesen. Auch nach der zweiten Teilung Polens verharrte er im Kriege, obwohl er wußte, daß der Bund mit Wien bereits den Todeskeim empfangen hatte. Mit innerer Befriedigung hatte er im April 1794 den Haager Subsidienvvertrag aufgenommen. Doch kaum hatten sich in jenen Tagen seine Siegeshoffnungen wieder belebt, da steuerte die Krise schnell ihrem Höhepunkt entgegen. Die Auslegung der Vertragsbestimmungen über den Einsatzort der preußischen Streitkräfte, die drohende Übervorteilung Preußens in der polnischen Frage, die auf die Territorien der Monarchie übergreifende nationalpolnische Erhebung, der unaufhörliche Druck an den Fronten, die Ansprüche der Österreicher und die ständige Einmischung der Engländer in Möllendorffs strategische Maßnahmen und die Bitte des letzteren vom 5. Juli, ihm Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen zu gestatten, all dieses führte dazu, daß die Berliner Friedenspartei viel kompromißloser als etwa Görtz und Hardenberg nach einem Ausscheiden aus dem Kriege suchte. Hier ward kaum noch unterschied zwischen einem Sonderfrieden und einem Frieden, der das Reich oder die übrigen Verbündeten mit umfaßte. Finckenstein, Struensee, Alvensleben, die Mitglieder des Generaldirektoriums stimmten hierin weitgehend überein. Prinz Heinrich, der schon seit Jahr und Tag für den Frieden eingetreten war, erhob nachdrücklich die Forderung, doch wenigstens jetzt, nach dem französischen Siege von Fleurus (26. 6. 1794), den Kampf aufzugeben. Er vertrat die Ansicht, daß derjenige den größten Vorteil habe, der als erster den Frieden unterzeichne, denn wer als letzter hernach dazu gezwungen werde, werde auch der Betrogene sein <sup>78</sup>.

Dann hatte vor allem auch Lucchesini als Repräsentant der Friedenspartei zu gelten. Zwar nicht selber Mitglied des Ministeriums, aber in außenpolitischen Fragen von nicht zu unterschätzendem Einfluß, hat er als Gesandter in Wien Mißtrauen und Argwohn gesät und alles getan, der Allianz ein Ende zu machen. Er verstand am besten, den König für die Vorgänge in Polen zu interessieren,

---

II, 141 f. – Wie stark der Wunsch nach Verständigung im Bürgertum lebendig war, zeigen ungezählte Beispiele. (Vgl. Sorel, *Rev. hist.*, V, 277; Heigel, II, 150.) In Berlin, Kassel, Gotha etc. wurden die französischen Kriegsgefangenen aufs beste aufgenommen. Die Äußerungen der Sympathie für sie waren in allen Volksschichten, vor allem beim Heer, ohne Zahl.

<sup>78</sup> Krauel, a. a. O., 58, 63, 67.

und jetzt war auch er ein Mann des Friedens mit Frankreich, und mit ihm seufzten Werder, Blumenthal und andere mehr nach dem gleichen Ziel. Daß Haugwitz ihnen nur zögernd folgte, darf bei seinem Verlangen, sich die Gunst des Monarchen zu erhalten, nicht überraschen. Als dann aber Möllendorff Ende Juli noch einmal die Einleitung von Sonderfriedensverhandlungen empfahl, schloß auch er sich den Ansichten seiner Kollegen weitgehend an <sup>79</sup>. Auf Grund der verzweifelten Berichte Möllendorffs schlug das Ministerium am 28. Juli vor, Hardenberg mit der Sondierung eines streng geheim auszuhandelnden Waffenstillstandes oder gar eines Friedens zu beauftragen und den Seemächten und Sachsen-Teschen zu erklären, «daß man die gegenwärtige Lage so bedenklich, besonders aber die von allen kriegführenden Mächten angewandten und noch anzuwendenden Verteidigungsmittel so unzulänglich finde, daß man dafür halte, an ein Abkommen mit Frankreich zu denken». Aber weder durch diesen Antrag noch durch Haugwitz, der seinerseits am 30. Juli noch einmal dringend darum bat, doch ja vor Einbruch des Winters dem Krieg ein Ende zu machen, ließ sich der König beeindrucken <sup>80</sup>. Lucchesini ist es vielmehr gewesen, der dem König das erste Zugeständnis entlockte. Als der Marquis nämlich im August um die Wiederherstellung des Friedens bat, lehnte der Monarch das Ansinnen in der zunächst gewünschten Form ab, erlaubte ihm jedoch, in seinem, das heißt in Lucchesinis Namen, und auf eigene Verantwortung gelegentlich von einem Frieden zu reden <sup>81</sup>. Weisungsgemäß teilte Lucchesini dem Feldmarschall mit, daß der König die Einleitung von Friedensverhandlungen abgelehnt habe, entledigte sich aber dieses Auftrages in einer Weise, daß der Befehl, Verhandlungen zu unterlassen und sich nicht fernerhin um politische Fragen zu kümmern, in seiner ursprünglichen Schärfe nicht mehr zu erkennen war. Möllendorff wiederum ignorierte infolgedessen geflissentlich die Anordnung des Königs und betrachtete die bereits erfolgte Entsendung Schmerz' nach Basel fortan als gerechtfertigt, um so mehr, als er aus der Zuschrift des klugen Marquis

<sup>79</sup> Haugwitz an Hardenberg, 28. 7. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>80</sup> Haugwitz schloß sich i. a. der Ansicht des Königs an. Von allen Ministern hatte er das engste Verhältnis zu ihm. Zunächst in aller Stille, dann immer offenkundiger unterstützte er die Friedenspartei (Bailleu, H. Z., 75, S. 238, 242). Nicht zuletzt aus Rücksicht auf den König und unter dem Eindruck der Argumente Hardenbergs lehnte er einen Sonderfrieden ab, warb dann aber um so mehr für einen allgemeinen Frieden. Aber die bestehenden Verträge mit den Seemächten und Österreich, vor allem die Rücksicht auf Rußland hielt er für so verpflichtend, daß er in einem Schreiben an die Ministerkollegen meinte, man werde sich ihnen schlechterdings nicht entziehen können.

<sup>81</sup> Ranke, Hardenberg, I, 221 f.

den Eindruck gewann, als säße auch der Monarch nicht mehr so fest im Sattel der eigenen Überzeugungen <sup>82</sup>.

Mehr aber war vom König damals nicht zu erreichen <sup>83</sup>. Als der greise Hertzberg ihn im Juli wiederholt um Anbahnung von Verhandlungen gebeten und sich selbst als Unterhändler angeboten hatte, wies er ihn unmißverständlich ab <sup>84</sup>. Bei der bedrohlichen Lage im Osten war er wohl bereit, sich dem Marsch seiner Armee nach Belgien zu widersetzen, aber von der Koalition sich zu trennen, mit den Königsmördern zu verhandeln, von Wien des Reichsverrats bezichtigt zu werden, das war doch wohl zuviel von ihm verlangt. Kategorisch verbot er seinen Ministern geradezu, an einen Frieden überhaupt ihre Gedanken zu verschwenden, und dem Marquis erklärte er feierlich, daß niemand ihn je werde bewegen können, sich zu entehren, indem er den ersten Friedensschritt tue <sup>85</sup>. Lucchesini freilich ließ sich nicht entmutigen, erreichte er doch, wie wir sahen, daß der König ihm gewisse persönliche Sondierungen erlaubte, ihn vor allem aber nach Wien entsandte, um für das Kriegstheater im Osten jenes bereits erwähnte österreichische Hilfskorps von 20 000 Mann zu verlangen, die Drohung damit verbindend, im Falle der Ablehnung dieses Ersuchens einen gleich großen preußischen Truppenverband vom Rheine abzuberaufen.

Trotz dieser merkwürdig klingenden Zugeständnisse war der König noch keineswegs gewonnen. Weder die Ablehnung des erbetenen Hilfskorps durch Thugut noch Lucchesinis Bemerkung, England wolle sich nur um des eigenen Vorteils willen der preußischen Truppen in Belgien bedienen, bewirkten eine Änderung seiner

<sup>82</sup> Ranke, Hardenberg, I, 223 ff.

<sup>83</sup> Auch der jüdische Kommissionsrat Ephraim aus Berlin, der nach Haugwitz' Angaben mit Möllendorff und Bischoffwerder im Bunde stand, hatte dem König am 1. 8. seine Ratschläge erteilt und «wegen der Unwiderstehlichkeit der französischen Waffen» um einen Frieden gebeten. Der König lehnte ab und fragte bei ihm an, was ihn denn bewogen habe, sich zum Richter über das politische Verhalten seines Königs zu erheben?! Im übrigen bemerkte er dazu, daß wohl Hertzberg «diesen politischen Hebräer» hierzu angestiftet habe. (Bailieu, Preuß. Wille, 346, Anm. 6; Heigel, II, 145).

<sup>84</sup> Lucchesini an den König, 10. 8. 1794 (Pr. G. St. A.). Posselt, Anhang, 38; Heigel, II, 145; Krauel, Prinz Heinrich, 65. Schon Anfang 1794 erklärte er, daß er als alter Minister berufen sei, dem König die Wahrheit zu sagen und die Rettungsmittel zu nennen, die die derzeitigen Minister nicht zu nennen wagten. Es sei notwendig, die Republik anzuerkennen und eine allgemeine Pazifikation unter preußischer Vermittlung einzuleiten. Die Fortsetzung des Krieges hielt er für aussichtslos. Die Franzosen, meinte er, würden doch nur nach Holland und in die rechtsrheinischen Gebiete Deutschlands einfallen.

<sup>85</sup> Häusser, I, 575; Ranke, I, 179; Sorel, Rev. hist., V, 290. Lucchesini an Möllendorff, 14. 8. 1794 (Pr. G. St. A.).



Ansichten<sup>86</sup>. Selbst die drastischen Hinweise Struensees und Blumenthals auf die Finanzlage des Staates und die bösen Nachrichten aus Polen, die ein enges Zusammenwirken der beiden Kaiserhöfe unschwer erkennen ließen, erschütterten den König zunächst nicht. Er lebte der Hoffnung, daß die Last im Westen zu tragen sei, sobald im Osten das Ärgste überwunden war. Nur unter dem Druck härtester Tatsachen hat der König dann den an ihn herangetragenen Gedankengängen gewissen Raum gegeben. Die Rückschläge und Entbehrungen seines Heeres in den halbbarbarischen Landstrichen des Ostens und die Aufgabe der mit so großen Hoffnungen begonnenen Belagerung von Warschau setzten seiner persönlichen Widerstandskraft heftig zu. Sein Antlitz war gezeichnet von den Spuren des Leidens, und vermutlich hat damals ihn die Krankheit befallen, der er eines Tages erliegen sollte. In dieser trüben Stimmung auf der Rückreise von Warschau nach Berlin immer wieder den Einwirkungen des ihn begleitenden Lucchesini ausgesetzt, hat es Augenblicke gegeben, wo er willens schien, sich ganz der Friedenspartei anzuvertrauen<sup>87</sup>. Dann aber hat er sich ebensooft in stolzem Aufbegehren gegen die Friedensschalmeien mit männlichem Trotz gewandt, und kaum hatte er den Boden seiner Monarchie wieder betreten, als er alle Depressionen augenblicklich überwand und einem Waffenstillstand oder gar einem Frieden so fern stand wie nur je. Als das Oberkriegskollegium die bis Ende 1794 erforderlichen Kriegskosten auf annähernd 6 Millionen Taler bezifferte und der König auf Grund der Berichte Struensees eine Möglichkeit sah, diese Gelder rechtzeitig zu beschaffen, waren seine Bedenken geschwunden<sup>88</sup>, und kurzerhand verfügte er die Instandsetzung der

<sup>86</sup> Lucchesinis Berichte aus Wien vom 22. und 25. 8. 1795 (Herrmann, *Diplomat. Korresp.*, 501 f.). Vgl. auch O. Criste, *Erzherzog Karl von Österreich*, I, 156 f.; Schick, 138; Vivenot, *Sachsen-Teschen*, II, 1, 626; Bailleu, *H. Z.*, 75, S. 247. Siehe auch Caesar an den König, 30. 6. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>87</sup> Über die Stimmung des Königs beim Rückzug von Warschau, s. auch Lucchesinis Brief an seine Frau, 6. 9. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>88</sup> In einer Audienz vom 27. 9. bereits mündlich vorgetragen, legte Struensee tags darauf die Finanzlage noch einmal ausführlich dar (Pr. G. St. A.).

Bestand aus den engl. Subsidien .....	4 000 000 Taler
an Subsidien waren noch lt. Vertrag bis Ende Dezember zu erwarten .....	3 700 000 Taler
der Dispositionskasse war zu entnehmen .....	1 000 000 Taler
durch Ausprägung von Groschen und Kreuzergeld hoffte Struensee zu erhalten .....	2 000 000 Taler
an Einkünften aus der Akzise waren zu erwarten .....	300 000 Taler
	<hr/> 11 000 000 Taler

Er fragte, ob von dieser Summe etwas für die nächste Kampagne übrigbliebe. Die Ausgaben für den Schuldendienst, Zinszahlungen, Rückzahlungen ge-



Magazine für den Feldzug des nächsten Jahres <sup>89</sup>. Auch Hohenlohes Sieg bei Kaiserslautern und die Hoffnung auf ein wieder besseres Zusammenwirken mit Sachsen-Teschen gaben in Zusammenhang mit den Zielen der Wilhelmsbader Konferenz <sup>90</sup> seiner Kriegslust

liehener Gelder etc. bezifferte er auf 1,7 Mill. Taler. Die nächste Kampagne im Westen stellte Struensee schon gar nicht mehr in Rechnung, «weil Ew. Kgl. Maj. mir allergnädigst versichert haben, daß in Ermangelung englischer Subsidien keine Campagne daselbst statt hätte». Am 5. Oktober legte das Kriegskollegium den Nachweis der bis Ende 1794 etwa erforderlichen Kriegs- und Unterhaltungskosten der Rhein- und Südpreußenarmee unter Zugrundelegung der bisherigen durchschnittlichen Ausgaben vor. Das Kollegium hoffte, mit 5,8 Mill. Talern auszukommen. Im einzelnen war vorgesehen:

für die Rheinarmee außer dem in österr. Verpflegung befindlichen Korps von 20 000 Mann .....	2,6	Mill. Taler
für die Südpreußenarmee .....	1,975	Mill. Taler
an Mobilmachungskosten .....	0,2	Mill. Taler
übrige Kosten (Verschanzungen, Befestigungen, Fourage, Pulver- und Naturalientransporte, Versorgung der Depots im Lande und beim Durchmarsch durch fremde Territorien)	1,0	Mill. Taler
Summe der für die 3 restlichen Monate erforderlichen Gelder	5,8	Mill. Taler

Am 7. Oktober sandte der König dem Minister den Nachweis mit dem Bemerkten zurück, daß der Etat für die künftige Kampagne wohl noch nicht festgesetzt werden könne; er fügte indes hinzu: «Doch werdet Ihr aus gedachter Nachweisung ersehen, daß zu dem Behuf von dem in Eurem Bericht vom 28. vorigen Monats nachgewiesenen Fond an noch eine ansehnliche Summe übrig bleiben wird» (Pr. G. St. A.).

<sup>89</sup> Bailieu, H. Z., 75, 250; Manstein schränkte diese mit Mühe auf Januar und Februar ein.

<sup>90</sup> Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 158; Häusser, I, 530. Markgraf Karl Friedrich v. Baden versuchte mit Unterstützung des Landgrafen Wilhelm v. Hessen-Kassel durch freien Zusammenschluß der mittleren und kleineren Stände zu einem Fürstenbund die allgemeine Not zu wenden, durch die Einberufung eines Fürstenkongresses alle Kräfte zu mobilisieren, den Geist des Widerstandes zu heben und im engsten Einvernehmen mit dem Kaiser die Gefahr im Westen zu bannen. (Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 346; Erdmannsdörffer, Polit. Korresp., II., S. XXII ff.; Hopf, Die Wilhelmsbader Konferenz.) Als der Kongreß dann am 27. September 1794 in Wilhelmsbad bei Hanau zusammentrat, fehlten viele der eingeladenen Fürsten, wie z. B. die Landesherren von Württemberg und Darmstadt. Die entscheidende Frage – Beschaffung der militärischen Mittel, um den Krieg bis zu einem ehrenvollen Frieden fortzusetzen – konnte in den bis zum 2. Oktober sich hinziehenden Besprechungen trotz Hardenbergs lebhafter Anteilnahme nicht gelöst werden. (Hopf, 23; Erdmannsdörffer, II, 25, 197, 205.) Die Stellungnahme der mittleren und kleineren Stände war uneinheitlich. Der Kaiser hätte vielleicht einen Fürstenkongreß unter seiner eigenen Leitung gebilligt, aber für das Phantom eines in sich selbst ruhenden Fürstenbundes unseligen Angedenkens war er nicht zu haben. Sein Hinweis, auf die so bewährte Kreisassoziation zurückzugreifen, bedeutete eine kaum verhüllte Ablehnung. Preußen fand zwar freundliche Worte, lehnte aber wie Bayern und Sachsen den Beitritt zu dem geplanten Bunde ab. (Häberlins Staatsarchiv, I, 216; Hassel, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien

erneut einen Auftrieb. Insgesamt darf gesagt werden, daß der König Ende September/Anfang Oktober jedenfalls noch nicht bereit war, aus der österreichischen Verweigerung eines Hilfskorps wie aus der allgemeinen Lage seines Staates die allenthalben erwarteten Folgerungen zu ziehen. Im Gegenteil: als Blumenthal, der Verwalter des Staatsschatzes, unter Hinweis auf die eventuell ausbleibenden restlichen 3,7 Millionen Subsidien, auf die eingetretene Mißernte, auf die Schwierigkeiten in der Heeresverpflegung und auf die allgemeine Kriegsunlust am 2. Oktober noch einmal um die Wiederherstellung des Friedens bat, fand er beim Monarchen nicht den geringsten Widerhall <sup>91</sup>.

Da trat der Augenblick ein, den viele schon lange kommen sahen. Auf den Staatssekretär Grenville dürfte wohl in erster Linie zurückzuführen sein, daß Pitt unter Berufung auf die ungenügende Erfüllung der Haager Verpflichtungen durch Möllendorff den Vertrag als gebrochen betrachtete und die bevorstehende Einstellung der Subsidienzahlungen bekanntgab <sup>92</sup>. Als Malmesbury am 11. Oktober in Frankfurt eine diesbezügliche Note überreichte und dabei die Hoffnung aussprach, daß die enge Verbindung mit Preußen doch noch wiederhergestellt werden möchte, wies Hardenberg, wenn vielleicht auch persönlich mit sehr gemischten Gefühlen, darauf hin,

des Baseler Friedens, N. A. f. sächs. Gesch. u. Altertumskunde, 12, 210 f.; Strippelmann, Die Stellung des Landgrafen Wilhelms IX. gegenüber der frz. Revol., 1887.) Damit war das «Strohfeuer deutscher Vaterlandsliebe» (Vivenot) abgebrannt. Die große Politik der kleinen Stände war gescheitert. Als dann im Oktober Kurmainz mit seinem Friedensantrag hervortrat, sank das Kartenhaus ihrer Hoffnungen ganz zusammen. Der Hochstimmung folgte die Depression. Über das Ende dieser Episode vgl. Erdmannsdörffer, II, S. XXII ff., 174 ff.; 199 ff., 259. Der Landgraf von Hessen-Kassel, der die Pläne so mutig mitgetragen hatte, sollte als erster dem preußischen Beispiel folgen und Frieden schließen. Vgl. auch Frankenstein, 180 ff.

<sup>91</sup> Ohne Geld sei ein Krieg nicht möglich, erklärte er; fehle die Löhnung, so sei zu befürchten, daß der Mann die Fahne verlasse. Er wiederhole, was er bereits am 26. Juli mit Struensee dem König vorgetragen, daß nämlich mit den Subsidien der Krieg nur bis Dezember fortgesetzt werden könne. Andere Gelder seien nicht zu beschaffen. Er sehe daher keine Möglichkeit mehr, den Krieg energisch fortzusetzen. Auch Möllendorff, so fügte er hinzu, habe ihn am 26. September aufgefordert, dem König die wahre Lage der Dinge vorzustellen.

<sup>92</sup> Ranke, Hardenberg, I, 167, 229 f.; Ernstberger, 96; Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 366; Die Wirkung der Zahlungseinstellung kam den Engländern unerwartet. Am 23. Oktober erschien ein englischer Offizier in Yorks Auftrag bei Möllendorff, um diesen zu bewegen, die Verteidigung des Rheins bis in den Raum von Bonn zu übernehmen. Malmesbury und de Kinkel sollten dann für ihre Regierung den Haager Traktat als erfüllt ansehen. (Vgl. auch Hardenberg an den König, 23. und 26. 10. 1794, an Malmesbury und de Kinkel, 25. 10. 1794, Pr. G. St. A.)

daß preußischerseits alles versucht worden sei, sich zu einigen, daß aber die Zahlungseinstellung eine gänzlich neue Lage schaffe und der König nun seinerseits den Vertrag als gebrochen ansehen müsse.

Fast gleichzeitig traf in Berlin eine zweite, deprimierende Kunde ein: am 6. Oktober erfuhr man von der in Südpreußen erlittenen Niederlage eines Korps, von dem Verlust Brombergs, von der Bedrohung der Städte Danzig und Graudenz. Bis nach Frankfurt wälzte sich die Welle der Furcht und des Schreckens. Selbst die Berliner Garnison wurde schon für Abwehrmaßnahmen bereit gehalten <sup>93</sup>.

Diese schwierige Lage des Staates kam den Friedensfreunden recht gelegen. Jetzt malte Struensee die Lage der Finanzen erst recht in den düstersten Farben und legte dar, wie weit die Steuern und infolge des französischen Vordringens an den Rhein auch die Zölle und sonstigen Einkünfte zurückgegangen waren. Bis jetzt hatte der König im Vertrauen auf das pünktliche Eintreffen der Subsidien den Hinweisen auf die Finanznot immer nur eine geringe Beachtung geschenkt. Jetzt aber verband sich in ihm, der erst Ende September krank und in gedrückter Stimmung aus Polen zurückgekehrt war, die nüchterne Erkenntnis der finanziellen Ohnmacht seines Staatswesens mit dem Gefühl, in seinen patriotischen Empfindungen verkannt und von den Engländern auch dadurch beleidigt zu sein, daß diese ihm Vorhaltungen über geheime Verhandlungen mit Frankreich andeuteten <sup>94</sup>. Dabei blieb Struensee mit seiner Feststellung, Preußen brauche Ruhe im Westen und Friede im Osten, keineswegs allein. Bischoffwerder, erst jüngst wieder in die unmittelbare Nähe des Thrones getreten, bat darum, sich nicht länger den Anträgen der Friedensfreunde zu verschließen, und in einem Immediatbericht vom 7. Oktober erinnerte Woellner daran, daß er schon vor dem ersten Feldzug ihn auf den Knien liegend beschworen habe, vom Kriege abzulassen, daß er dann, als der Kampf tatsächlich ausgebrochen, ihn, seinen Herrn, bestürmt habe, das Ringen wieder aufzugeben <sup>95</sup>. Nun erscheine er zum dritten Male vor dem Throne, um ihm das gleiche Anliegen vorzutragen. Nur ein schneller Entschluß könne Rettung bringen. Auch der Große Kurfürst habe den Kampfplatz im Westen verlassen, um in der Mark gegen die Schweden die Interessen seines Hauses zu verteidigen. Noch sei es nicht zu spät. Das Land werde wieder aufleben

<sup>93</sup> Bailleu, Preuß. Wille, 116; H. Z., 75, 250; Krauel, Prinz Heinrich, 71.

<sup>94</sup> Bailleu, Preuß. Wille, 117.

<sup>95</sup> Bailleu, Preuß. Wille, 117; H. Z., 75, 251 f.; H. Z., 71, 456; Sybel, III, 215; Vivenot-Zeißberg, Quellen, IV, 454; Woellner an den König, 7. 10. 1794 (H. Z., 62, 285 f.).

und die Rheinarmee in Freuden ausbrechen, sobald der Befehl sie erreiche, in die Heimat zurückzumarschieren. Rücksichten auf die Alliierten dürfe es in dieser ernsten Stunde nicht geben, wo Holland nicht mehr zu retten und von England nichts mehr zu erhoffen sei.

Zur gleichen Zeit unternahm auch das Kabinettsministerium einen Vorstoß: Finckenstein, Haugwitz und der immer mehr hervortretende Alvensleben beantragten am 7. Oktober, den Engländern amtlich zu erklären, daß Preußen seine Armee zum Zwecke der Selbstverteidigung zurückziehe. Der Augenblick sei günstig. Der Sieg von Kaiserslautern habe den Weg für einen ungefährlichen Rückzug freigemacht und den eigenen Kriege ruhm aufs neue bestätigt. Das machte Eindruck auf den König. Als die Minister ihm vorstellten, wie sehr die Haltung der Engländer doch seinen preußischen Stolz beleidigen müßte, erreichten sie, was sie gewollt hatten: der König erklärte sich mit der vorgeschlagenen Manifestation einverstanden. Preußen kündigte damit also seinerseits den Vertrag auf, und am 8. Oktober wurde Möllendorff ermächtigt, nach dem Zurückweichen der Österreicher selber über den Rhein zurückzugehen <sup>96</sup>. Es wurde ihm bedeutet, alle weiteren Verluste zu vermeiden, die Armee zu schonen und das Korps Hohenlohe sobald wie möglich nach Südpreußen in Marsch zu setzen. Als die Minister am 9. Oktober noch einmal vom König empfangen wurden, erreichten sie unter nochmaliger Betonung des definitiven Charakters der Pittschen Erklärung und des unaufhaltsamen Geländeverlustes der Österreicher, daß der König den an Möllendorff bereits ergangenen Befehl in noch entschiedeneren Worten am 11. Oktober wiederholte. Die Insolenz der Herren Engländer, so hieß es jetzt, beschuldige ihn, den König, mit den Franzosen zu traktieren, während er zugleich ihre Subsidien annehme. Dieser Umstand und die Tatsache, daß Österreich das erbetene Hilfskorps nach wie vor verweigere, zwängen ihn, den Traktat aufzuheben und sein Heer vom Rhein zurückzuberufen, worüber dem Feldmarschall hiermit der offizielle Befehl zugehe. Dieser Weisung, in der zugleich die Order wiederholt wurde, das Korps Hohenlohe ungesäumt aufbrechen zu lassen, fügte der König noch mit eigener Hand folgende Bemerkung an: «Ne sachant pas si Vous vous trouvez déjà sur la rive droite, je Vous prie d'agir avec ménagement.» Dieser Passus war nicht unbedeutend. Er gab dem Feldmarschall eine weitgehende Handlungsfreiheit. Was hieß überhaupt das Wort «ménagement»? Der Oberst v. Manstein hat es in einem gleichzeitigen Brief an Möllendorff erläutert: «sich langsam über den Rhein zu ziehen, damit die Ehre

<sup>96</sup> Bailleu, H. Z., 75, 253; Heigel, II, 147; Sommermeyer, 80.

der Armee nicht leidet.» Der Befehl lag bei Möllendorff in den besten Händen <sup>97</sup>. Jetzt hatte er es doch schriftlich, nämlich jedes ernste Gefecht zu vermeiden und nicht unnützerweise Leute zu opfern. Passivität hieß nun für ihn das Richtwort des Tages. Die zunächst noch beabsichtigte Schlacht an der Selz verweigerte er nun, und am 22. Oktober überschritt die preußische Armee bei Mainz den Rhein. Nun galt es, die westfälischen Territorien zu decken und Teile der Streitkräfte nach dem Osten zu schicken.

Es wird nie restlos zu klären sein, wer den letzten Anstoß zu dem Rückzugsbefehl gegeben hat. Seit der Veröffentlichung zweier Briefe Alexander von Humboldts an Hardenberg spricht manches dafür, in Bischoffwerder den Urheber dieses wichtigen Zugeständnisses an die Friedenspartei zu erblicken <sup>98</sup>. Alexander von Humboldt, nach 1791 mit der Organisation des Bergwesens in den fränkischen Fürstentümern betraut, wurde von Hardenberg wiederholt zur Erledigung diplomatischer Aufträge herangezogen. Gelegentlich einer solchen Entsendung in das Hauptquartier Möllendorffs war er auch mit Meyerinck zusammengetroffen. Auf dessen Bitte, sich beim König für ein baldiges Kriegsende einzusetzen, habe, wie Meyerinck Alexander von Humboldt erklärte und dieser es in seinem Briefe an Hardenberg darstellt, Bischoffwerder dem Major geantwortet, daß er es in erster Linie gewesen sei, der den Befehl zum Rückzug auf die rechte Rheinseite erwirkt habe. Die Impertinenz der Engländer habe nach Bischoffwerders Worten den König gezwungen, unerachtet des Haager Vertrages die Truppen zurückzuziehen. «Je crois avoir mérité par là le nom d'un bon patriote – diese Stelle zitiert Humboldt aus Bischoffwerders Brief – et si cette démarche s'était fait il y a huit mois, tous ces mauvais plans de Pologne mal dressés et mal exécutés encore, n'auraient pas eu lieu.» Es mag dahingestellt bleiben, wie weit diese Darstellung zutrifft. Ausgeschlossen erscheint diese Version sicher nicht, soviel Vorbehalte man vielleicht auch gegen die Glaubwürdigkeit dieses Günstlings anmelden möchte.

Der Befehl zum Rückzug ist dem Monarchen sehr schwer gefallen. Haugwitz beteuert, daß er ihn niemals gegeben hätte, wenn

---

<sup>97</sup> Am 19. Oktober teilte Möllendorff Sachsen-Teschen mit, er habe Befehl, über den Rhein zurückzugehen und Hohenlohe nach Südpreußen zu entsenden. (Vivenot, Sachsen-Teschen, I, 283) Am 22. Oktober ließ er ihn wissen, daß er nach dem Abmarsch Hohenlohes nur noch über 40 000 Mann verfüge, über deren Verwendung er königliche Befehle abwarten müsse. (Vivenot, a. a. O., I, 302) Vgl. auch P. Hassel, a. a. O., 198.

<sup>98</sup> Humboldts Briefe an Hardenberg vom 15. und 17. Oktober 1794, s. H. Z., 71, 456 ff.



nicht die Einstellung der Subsidienzahlungen erfolgt wäre <sup>99</sup>. Grolend schob der König England die Verantwortung für alle Folgen zu. Am 22. Oktober erging eine von Haugwitz entworfene Weisung an Hardenberg, falls Malmesbury zu neuen Besprechungen nach Berlin zu kommen wünsche, ihm die Aussichtslosigkeit seiner Reise zu verstehen zu geben, solange nicht die rückständigen Subsidien bezahlt seien. Wie Haugwitz auf das bestimmteste erklärte, werde Preußen von dieser *conditio sine qua non* nicht abweichen. Die Weisung mochte entschieden klingen, aber im Grunde drückte sie doch mehr den Standpunkt der Minister als den des Königs aus. Denn dieser hatte sich mit jenem denkwürdigen Befehl immer noch nicht in die Hände der Friedenspartei begeben. In ihm blieb auch jetzt noch insgeheim der Gedanke lebendig, trotz aller Enttäuschungen den alten Bündnisverträgen nicht vollends zu entsagen. Es ist erstaunlich, wie lange der Monarch gegenüber dem allseitigen Drängen die Selbständigkeit seiner Entscheidungen hat aufrechterhalten können. Der Mainzer Friedensantrag hat, soweit zu erkennen ist, ihn überhaupt nicht berührt <sup>100</sup>. Vieles deutet darauf hin, daß er, so entrüstet er auch über die englische Haltung war, den besagten Befehl in einem Augenblick körperlicher Schwäche – er wurde damals von schweren Magenkrämpfen heimgesucht – erteilt und schon bald darauf das Gefühl hatte, zu weit gegangen zu sein. Viel mehr als in seinen Ministern lebte und webte in ihm das Bewußtsein, daß die Individualität seines Staates am ehesten in enger Verbindung mit dem größeren Reiche gewährleistet sei. Als Alvensleben Mitte Oktober ihm in einer umfassenden Denkschrift noch einmal die Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Krieges darlegte, reichte ihm der König das Manuskript mit unverhohlenem Unwillen zurück <sup>101</sup>. Noch immer war er des Glaubens, daß seine Pflicht gegen das Reich und Europa ihm verboten, den ersten Schritt zu tun. Er verschmähte es, seinen Namen für Verhandlungen

<sup>99</sup> Haugwitz an Hardenberg, 22. 10. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>100</sup> Die Beschlußfassung über das Quintuplum (13. X. 1794), zweifellos zunächst ein Erfolg Thugutscher Kriegspolitik, wurde durch den Schritt des Mainzer Kurfürsten gehörig gelähmt. Wenn auch die offizielle preußische Politik nicht von dem verhältnismäßig selbständig durchgeführten Schritt Erthals unterrichtet gewesen sein mag (Erdmannsdörffer, II., S. XXVI f.; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 1, 154), so ist doch die Einwirkung der preußischen Friedenspartei im ganzen als sicher anzunehmen (vgl. auch Schick, 138 ff.), wobei nicht gesagt sein soll, daß Mainz ohne diese Sekundantendienste sich nicht dazu entschlossen hätte. Die Reserve des amtlichen preußischen Vertreters in Regensburg (Schick, 141) ist hier von untergeordneter Bedeutung. Vgl. neben den Arbeiten von Braubach, Erdmannsdörffer, Ernstberger, Vivenot vor allem Schick.

<sup>101</sup> Heigel, II, 147.



gen mit dem Konvent mißbrauchen zu lassen. Wäre England zu einem Einlenken bereit gewesen und hätte es in Berlin einen mit Vollmachten versehenen, geschickten Diplomaten zur Verfügung gehabt, der Monarch wäre in dieser Stunde, als er Alvensleben abwies (20. Oktober), zu einem neuen Zusammengehen bereit gewesen, zumal die Kunde von Kosziuskos Niederlage bei Macieio-wice (10. Oktober) das Ende des polnischen Aufstandes in greifbare Nähe zu rücken schien. An der doppelten Bürde, als König von Preußen *und* als Reichsfürst zu handeln, hat Friedrich Wilhelm in jenen Oktobertagen schwer getragen. Minister und Generale konnten ihn mit Denkschriften bestürmen, aber die Verantwortung tragen und entscheiden konnte nur er. Dieser Entscheidung ist er nicht ausgewichen. Da sollte es freilich von geschichtlicher Bedeutung sein, daß die Seemächte die Möglichkeit verkannten, durch vorbehaltlose Gewährung der vereinbarten Gelder dem König einen Entschluß zu erleichtern, der vielleicht eine völlige Wendung der politisch-militärischen Situation bedeutet hätte. Denn noch verfügte Preußen über eine kampfstärke Armee. Wie die Verhältnisse aber lagen, hatte der Kreis um Alvensleben alle Möglichkeiten, die Gegensätze zu den Seemächten zu verschärfen, und diese wiederum versäumten die Stunde, die der Erneuerung des Bündnisses hätte günstig sein können.

Der Entschluß des Königs, Verhandlungen mit den Franzosen aufzunehmen, knüpft sich an die Namen Struensees, Möllendorffs und des Prinzen Heinrich. Als Leiter des Zoll- und Akzisewesens von großem Einfluß auf die Finanzpolitik, hatte Struensee, auch darin ein echter Zögling der Berliner Aufklärung, diesen Krieg stets verschmäht und war mehr und mehr für den Gedanken eines Separatfriedens gewonnen worden. Sein Versagen in der Geldbeschaffung der Jahre 1793/94 dürfte nicht zuletzt auf diese seine Gesamteinstellung zurückzuführen sein. Bis zum Ende des Haushaltsjahres 1794 hatte Preußen etwa 10 Millionen Taler entliehen, die jährlich rund eine halbe Million Zinsen verlangten, zu deren Tilgung aber ein Fonds nicht vorhanden war. Eine Kabinettsorder vom 9. Juni, die Ausgaben einzuschränken, brachte keine spürbare Entlastung. Am 26. Juli gaben Blumenthal und Struensee unumwunden zu, daß, wenn im Herbst kein Friede zustandekäme, weitere Geldquellen nicht mehr zu erschließen seien. Die soeben eingetroffenen Subsidien waren schon größtenteils zur Deckung bereits geleisteter Vorschüsse verwendet worden, so daß die Minister schlechterdings außerstande waren, die von dem General von Geusau für die Kriegsführung veranschlagten zwei Millionen Taler pro Monat zu beschaffen. Da Struensee sich auch in Holland, Italien und im

Reich vergebens um Geld bemühte, konnte er nicht anders, als dem König den Zusammenbruch seiner Politik der Kriegsfinanzierung einzugestehen und ihn um einen schnellen Frieden zu bitten <sup>102</sup>. Der König gab indes nicht einmal auf eine zweite Eingabe seines Ministers nach, sondern befahl am 14. Oktober die Bildung einer Finanzkommission, welche die erforderlichen Maßnahmen zu beraten und alsbald entsprechende Vorschläge zu unterbreiten hatte. Außer Struensee und Alvensleben gehörten diesem Gremium noch an: Werder vom Generaldirektorium, Goldbeck vom Justizdepartement und Geusau von der Militärverwaltung <sup>103</sup>.

Ein Weg aus der Not war von diesen Durchschnittsnaturen ohne schöpferische Phantasie nicht zu erwarten. Dazu fehlte ihnen der Wille zur Bündnistreue und die Vorurteilslosigkeit der großen Reformer, um dem König eine Reorganisation des gesamten Staatswesens zu empfehlen. Sie alle gehörten zu den konsequentesten Wortführern der Friedenspartei, und der Bericht, den sie am 26. Oktober erstatteten, lautete dann auch so, wie jeder Einsichtige befürchtet hatte <sup>104</sup>. Schon die Finanzierung des letzten Feldzuges war schwierig gewesen. Seitdem aber hatte sich die Lage weiter verschärft. Der Außenhandel lag darnieder, die Zinsfüße waren gestiegen, die Zollerträge gesunken, die Domänenpachten nur schleppe eingegangen. Der polnische Aufstand hatte den Verkehr gelähmt, Städte und Siedlungen zertrümmert, einen bescheidenen Wohlstand vernichtet. Ganz Südpreußen war beispielsweise nur

<sup>102</sup> Philippon, Geschichte des preußischen Staatswesens, II, 104 f.

<sup>103</sup> Struensee an den König, 13. 10. 1794 (Pr. G. St. A.). Die Randbemerkung des Königs nominiert bereits die Mitglieder der Kommission. Siehe auch Friedr. Wilh. an dieselben, 14. 10. 1794; an Struensee ohne Datum, vermutlich vom gleichen Tage. Am 16. Oktober meldete die Kommission ihren Zutritt. (Pr. G. St. A.)

<sup>104</sup> Berichte der Kommission an den König vom 18. und 26. Oktober (Pr. G. St. A.); Heigel, II, 147; Engels, 17; Bailleu, H. Z., 75, 261. Die Einstellung der Subsidienzahlungen bedeute bis Jahresende den Ausfall von 3,7 Mill. Talern. Das Oberkriegskollegium verlangte für die Operationen am Rhein, in Polen und in Südpreußen bis zum Jahresende 5,8 Mill. Taler. Vorhanden waren:

1. von allen Struensee angewiesenen Geldern (in Piastern, Friedrichsdors, Courant, i. Tresor, i. d. Seehandlung) noch . . . . .	2,6 Mill.
2. aus der Kasse des Ob. Kriegskolleg. noch verfügbar . . . . .	2,0 Mill.
3. aus kaufmänn. und sonstigen Münzoperationen versprach man sich für die fragliche Zeit . . . . .	0,2 Mill.
	<u>4,8 Mill.</u>

Es fehlte also bis Jahresende 1 Million Taler. Für das kommende Jahr war dann noch nichts vorhanden. Die Gelder, die vielleicht noch bei Willemer & Co. in Frankfurt eingingen, wurden von Geusau und Struensee auf 500 000 Taler geschätzt.

noch in der Lage, 130 000 Taler im Finanzjahr 1794/95 an die Dispositionskasse abzuführen. Ähnlich trostlos war es in den übrigen Provinzen.

Dieser Tatsachen muß man eingedenk sein, will man die Möglichkeiten richtig einschätzen, die sich der Kommission boten. Schon in den ersten Beratungen stießen die Gegensätze hart aufeinander, so einig man im Prinzip über die Notwendigkeit eines Friedens auch war. Galt Alvensleben als Mann des großgrundbesitzenden privilegierten Adels und der eigensinnigen ständischen Opposition, ein Gegner des selbstbewußt gewordenen Besitzbürgertums, so war Struensee der fortschrittlichere Politiker, für den jene Privilegien nicht mehr unantastbar waren und dessen Gedanken insofern in die Zukunft wiesen, als er eine freiwillige patriotische Kriegssteuer und eine Erhöhung der Grundsteuern vorschlug, wie er denn auch nachdrücklich die Belange der Bauern zu berücksichtigen empfahl. Alvensleben hingegen, vorwiegend von Werder unterstützt, lehnte eine Beschneidung der steuerlichen Sonderrechte des Adels rundweg ab. Er sprach von Schwierigkeiten bei der Aufhebung dieser Privilegien, von Verwirrungen bei Erbteilungen und Lehensabfindungen, von dem Ruin vieler nicht sehr vermögender preußischer Adelsfamilien, sobald man erst einmal den Anfang damit mache. Wenn er aber dann so außerordentliche Maßnahmen vorschlug wie etwa, der Finanzkommission das Recht zu übertragen, alle Besoldungen und Pensionen zu überprüfen, alle außerplanmäßigen Zahlungen zu genehmigen, wenn er daran dachte, in erster Linie Kapitalisten, Bankiers und Pensionäre zu schröpfen, den Kapitalbesitz in Wert- und Pfandbriefen mit einer Stempelsteuer zu belasten, dem König zu empfehlen, in allem erst einmal mit gutem Beispiel voranzugehen, während er für den Adel höchstens freiwillige Beiträge vorsah, so liegt in diesen Vorschlägen, die praktisch auf eine Diktatur der Kommission hinausliefen, soviel Widerspruch, daß ihre Verwirklichung wohl auch von Alvensleben nicht ernstlich erwogen worden ist.

Der grundlegende Bericht, den die Kommission am 26. Oktober dem König vorlegte, mußte angesichts dieser Gegensätze recht düster ausfallen. Man konnte sich weder zur Empfehlung einer allgemeinen direkten Kriegssteuer noch einer Ausgabe von Papiergeld verstehen. Es sei völlig unmöglich, bedeutende Summen aufzubringen. England stehe nicht mehr zur Verfügung; Darlehen in Amsterdam, Frankfurt und anderswo hätten kaum Aussichten mehr; Preußen sei mit seinen Finanzen am Ende. Von der Akzisekasse vielleicht abgesehen, benötigten alle übrigen Kassen selber Zuschüsse, als daß sie der Feldkriegskasse noch Gelder vorstrek-

ken könnten. Die Suspendierung aller Salinen, Pensionszahlungen usw. konnte nach dem Bericht nur geringe Beträge abwerfen und die Einschmelzung aller Gold- und Silbergeräte nur dann ins Gewicht fallen, wenn auch der König sein goldenes und silbernes Tafelservice in die Münze schickte. Bei dieser Lage der Dinge sprach das Gutachten einmal mehr die dringende Bitte aus, je eher je lieber Frieden zu schließen und dem «Lieblingwunsch der Nation», die den französischen Krieg verschmähe, zur Dämpfung der polnischen Unruhen aber noch Lasten auf sich zu nehmen bereit sei, zu willfahren. – Das war alles, was die Kommission dem König zu sagen hatte. Statt einen Ausweg aus der Krise zu weisen, konnte sie nur ein inländisches Darlehen in Scheidemünze und die vermehrte Ausprägung von Groschen und Kreuzern empfehlen und mußte im übrigen die finanzielle Ohnmacht des Staates bescheinigen, die nach ihrer Ansicht nur ein Friede überwinden konnte.

In diesem Augenblick schaltete sich in entscheidender Weise der Prinz Heinrich ein <sup>105</sup>. Zu Friedrich dem Großen, seinem Bruder, hatte er in keinem sonderlich guten Verhältnis gestanden. Friedrich Wilhelm II. hatte ihm bei Hofe zwar manch wohlthuende Aufmerksamkeit erwiesen, ihn im ganzen aber doch zu seiner großen Enttäuschung von jeder Einflußnahme auf Staat und Heerwesen ferngehalten. Er gestattete ihm weder den Wiedereintritt in den aktiven Heeresdienst noch ließ er sich in politische Gespräche mit ihm ein. Diese kühle Behandlung hat den Prinzen sehr verbittert. Er hat sich oft darüber beklagt, nur Denkschriften abfassen zu dürfen, ohne an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Im Gegensatz zu den meisten Kriegsgegnern hat der Prinz oft seine Opposition mit einer Schärfe betont, die die schwersten Konsequenzen für ihn mußten befürchten lassen. In bezug auf ihn, den Nörgler und Besserwisser, meinte einmal eine Tochter des Königs, ganz Rheinsberg sei ein einziger Jakobinerklub; es sei nur zu verwundern, daß der König diese Gesellschaft im Lande noch dulde. Der Herzog von Braunschweig, dem der Prinz sehr verübelte, 1792 das Oberkommando überhaupt übernommen zu haben, nannte in vertraulichen Gesprächen seine Ansichten demokratisch und staatsgefährlich. In der Tat hat er seine Hinneigung zu Frankreich und der Revolution niemals verborgen. Bacher hatte nicht unrecht, wenn er ihn einmal den «geborenen Beschützer aller Franzosen» nannte <sup>106</sup>. Immer wieder hat er versucht, den König für eine Wiederannäherung an Frankreich oder gar für eine Allianz zu gewinnen, und ihm nahe-

<sup>105</sup> Über ihn als Politiker, s. das Werk von Rich. Krauel.

<sup>106</sup> Ähnlich Mirabeau 1786: «Prinz Heinrich ist ein echter Franzose, wird Franzose bleiben und als Franzose sterben.» Siehe auch Ranke, I, 252–257.

gelegt, dem Bunde mit Österreich und den Seemächten zu entsagen. Am 31. Dezember 1792 hatte er in einem ausführlichen Brief an den König auf die Erschöpfung der Finanzen und die Schwächung des Heeres hingewiesen und sich bereit erklärt, mündlich sich noch ausführlicher zu äußern<sup>107</sup>. Die Ablehnung dieser Aussprache hat ihn nicht davon abgehalten, drei Wochen danach um die Beendigung des Krieges zu bitten. Zwar fand er auch jetzt keinen Widerhall, und doch blieb er bei seiner Überzeugung, daß nur ein baldiger Friede die Gefahr vermeiden könnte, die preußischen Anliegen im Osten mit denen im Westen zu verquicken. «Wollte Gott», so schrieb er am 12. September 1794 seinem Bruder Ferdinand, «daß die Franzosen zustimmten, aber ich besorge sehr, daß man ihn ohne große Opfer nicht erlangen wird. Die Rolle Preußens ist zu Ende, ohne Menschen, ohne Geld, mit einem zerrütteten Heer, kommt es mir vor, wie der kranke Löwe in der Fabel, der zuletzt einen Eseltritt erhielt<sup>108</sup>.»

Diese Korrespondenz mit dem Bruder ist recht aufschlußreich. Manches in ihr läßt vermuten, daß Heinrich damals in naher Verbindung mit den übrigen Friedensfreunden stand, von ihnen vielleicht sogar vorgeschoben und angeregt wurde, sich beim Monarchen für den Frieden zu verwenden. «Die Friedensgerüchte sind verfrüht», schreibt er am 8. September an Ferdinand, «das geht nicht so schnell; aber wir hätten besser getan, weniger langsam zu sein.» Und am 14. September: «Ich verlange nichts anderes, als verborgen zu bleiben wie der letzte Schreiber, der manchmal mehr arbeitet als die Minister.» Es scheint, als habe Heinrich sich dazu ausersehen, an einer etwaigen diplomatischen Aktion mitzuwirken. Mit Struensee stand er in Verbindung. Nach naheliegenden Vermutungen hat er auch durch seine Freunde in Frankreich die dortigen Friedensneigungen sondieren lassen, insbesondere aber seinen Briefwechsel mit Bacher wieder aufgenommen.

Im Oktober und November 1794 hat der Prinz seine Ansichten in einer Reihe von Denkschriften und Instruktionsentwürfen für einen etwa zu ernennenden Friedensunterhändler niedergelegt<sup>109</sup>. In ihnen kehren immer die gleichen oder doch sehr ähnlichen Gedanken wieder: Preußen muß ein neues Verhältnis zu Frankreich suchen. Er denkt dabei wohl nicht an eine vorschnelle Allianz, wohl aber an eine echte Freundschaft, einen Frieden, einen Austausch der Gefangenen, die Belebung der Handelsbeziehungen und die

<sup>107</sup> Krauel, 60, 61, 187, 189.

<sup>108</sup> Krauel, 69.

<sup>109</sup> Bei Ranke noch undatiert (V, 49, 56, 72); zur Datierung s. Sybel, III, 276; Bailieu, Preuß. Wille, 132; Text bei Krauel u. im Pr. G. St. A.



Wiederherstellung diplomatischer Verbindungen; die Allianz mochte eine Frage der Zukunft sein. Er hielt es für ein Gebot der Klugheit, den letzten Taler in der Tasche zu behalten und Frieden zu schließen, um nicht zu einem späteren Zeitpunkt noch ungünstigere Bedingungen eingehen zu müssen. Schon sah er im Geiste Wesel und Ostfriesland verloren und das Heer bis zur Oker zurückgehen, um den Raum von Halberstadt zu decken. Gegenüber einem Kriege auf mitteldeutschem Boden bot ein Friede mit Frankreich nach seiner Ansicht nur zwei Nachteile: die Abtretung der linksrheinischen Besitzungen und die Entzweiung mit Österreich. Das letztere hielt er für nicht sehr schwerwiegend, und im Vergleich zu den territorialen Verschiebungen der letzten Jahrhunderte hielt er auch jene Gebietsabtretung, so schmerzlich sie sein mochte, für erträglich. Denn sie diente dem Frieden, und der war erforderlich, wenn alle strittigen Fragen im Osten bald geklärt werden sollten. Gerade in dem allseits anerkannten Besitz dieser Ostgebiete sah er die eigentliche Rechtfertigung eines Sonderfriedens. Wenn sich im Anschluß an einen Frieden im Westen auch ein Friede für das Reich und das Haus Oranien vermitteln ließe, so sah er darin wohl eine hochwillkommene Steigerung des preußischen Ansehens, aber im Grunde doch auch nicht mehr als ein zweitrangiges Anliegen der preußischen Staatskunst.

Diese Gedanken bewegten den Prinzen in jenen Oktobertagen. Wenn er sie auch zum Teil erst etwas später niederschrieb, so besteht doch kein Zweifel, daß er sie schon des längeren hegte. Zwar entbehren sie zuweilen, worauf wiederholt hingewiesen worden ist, der Geradlinigkeit und Folgerichtigkeit, aber daß der Prinz der Friedenspartei damit wertvolle Fingerzeige bot, ist gewiß und durch vieles bestätigt.

So stand Struensee mit dem Prinzen seit langem in enger Verbindung. Da er zudem neben Haugwitz jetzt auch derjenige war, der am häufigsten mit dem Monarchen zusammentraf, war er auch der geeignetste Mittelsmann zwischen dem Prinzen und seinem Neffen. In der Tat hat Struensee es auf sich genommen, des Prinzen Denkschriften entweder persönlich oder durch Bischoffwerder seinem Herrn zugänglich zu machen. Am 20. Oktober hatte sich Heinrich nach Berlin begeben. Bereits am folgenden Tage suchte er um eine Audienz nach. Sie wurde gewährt und der Prinz am 25. Oktober in Potsdam vom Monarchen empfangen<sup>110</sup>. Vieles deutet darauf hin, daß es die erste Begegnung zwischen beiden Männern seit

<sup>110</sup> Bailleu, Preuß. Wille, 127; Heigel, II, 147 f.; Die Verbindung Struensees mit dem Prinzen bestätigt auch Reuß (Bericht vom 4. 2. 1795, Vivenot, Quellen, V, 97); s. auch Engels, 18; Krauel, 73, Sybel, III, 275.



dem Ausbruch des Krieges war und in ihr zunächst ganz allgemein über die Lage des Staates, dann aber auch über die Notwendigkeit eines Friedens mit Frankreich im besonderen gesprochen wurde. Auch hat es den Anschein, daß der Prinz hier bereits den Generalmajor v. d. Goltz als Unterhändler vorgeschlagen hat. Es darf angenommen werden, daß nach anfänglichem Mißtrauen seitens des Königs die Audienz in bestem Einvernehmen verlief und der Monarch sich den Argumenten seines Onkels nicht mehr zu entziehen vermochte <sup>111</sup>. Die von dem Prinzen offenbar sehr wirkungsvoll geschilderte Lage muß den König wohl stark erschüttert haben. Bereits am nächsten Tage dankte der Prinz seinem Neffen für den freundschaftlichen Empfang in einem Tone, der nicht nur seine tiefe Genugtuung über die Wiederherstellung persönlicher Beziehungen, sondern vor allem auch über das Ergebnis der Unterredung selbst bekundet <sup>112</sup>. Ähnlich muß wohl auch Struensees Brief vom 1. November an den Prinzen verstanden werden, in dem dieser ihm mitteilt, daß der von Heinrich vorgeschlagene Gang der Unterhandlungen vom König gebilligt und der von ihm bezeichnete Diplomat bereits zum Bevollmächtigten ernannt worden sei. «Ew. Kgl. H. haben», so heißt es weiter, «in dieser äußerst delikaten Sache die Bahn gebrochen und zuerst den festen Entschluß bewirkt, dem Krieg am Rhein womöglich ein Ende zu machen <sup>113</sup>.» Das war auch die Überzeugung des Prinzen. Er hatte in Sans-Souci den Eindruck gewonnen, daß der König von ihm eine eingehende Denkschrift über die Einleitung der Verhandlungen erwartete. Mit großer Mühe und Umsicht hat er sich dieser Aufgabe bereits am 29. Oktober entledigt <sup>114</sup>.

<sup>111</sup> Der ziemlich gut unterrichtete Prinz Reuß berichtete noch am 4. 2. 1795 nach Wien von dem wachsenden Einfluß Heinrichs, der den König täglich treffe und von Struensee und Bischoffwerder unterstützt werde. Er fügte jedoch auch eine Bemerkung Haugwitz' gegenüber verschiedenen ausländ. Ministern hinzu, wonach «der König seinem Herrn Oheim nur halbe Konfidenzen mache und seinem Rat zu folgen nur scheine». (Vivenot, Quellen, V, 96-98.)

<sup>112</sup> Von dem Inhalt der Unterredung schreibt der Prinz kein Wort. Nach einem Bericht des sächs. Gesandten Grafen Zinzendorff vom 27. 10. war sie nur von kurzer Dauer: der Prinz habe den König nur wenige Minuten ohne Zeugen vor und nach der Tafel sprechen können und sei noch am gleichen Nachmittag nach Berlin zurückgekehrt.

<sup>113</sup> Engels, 18; Krauel, 77; Bailleu, Preuß. Wille, 374, Anm. 15; Heigel II, 148.

<sup>114</sup> Text bei Krauel, 194 ff.; s. auch Ranke, I, 254; Bailleu, Preuß. Wille, 128; Heigel, II, 147. In der Denkschrift ist die Zusammenkunft in Potsdam nicht erwähnt. Nach Krauel (73, Anm.) war die Denkschrift nicht direkt an den König gerichtet, sondern schon vorher verfaßt worden. Der Prinz habe in kluger Rücksicht auf den Charakter des Königs gehandelt, wenn er es vermied,

Diese Denkschrift, dem König wiederum durch Struensee zugeleitet, drückt die Ansicht aus, daß Preußen keine Verpflichtungen mehr gegen die Verbündeten habe und es für ein unerreichbares Kriegsziel, die Wiedereinsetzung der Bourbonen, umsonst seine Armee und Geldreserven opfere. Es sei also für den Staat, der seine Verträge besser erfüllt habe, als man erwarten durfte, die Stunde gekommen, wo es gelte festzustellen, ob die Republik wirklich den Frieden wolle und Preußen als Vermittler für das Reich und Holland zulasse. Nehme Frankreich an, so erhöhe sich der König automatisch zum natürlichen Schutzherrn des Reiches. Als Unterhändler empfahl er «einen in diplomatischen Geschäften erfahrenen Mann, der gut französisch verstehe, einige Zeit in Frankreich gelebt habe und die Franzosen kenne». Vermutlich meinte er damit den Grafen v. d. Goltz, den langjährigen Gesandten am Versailler Hof, falls er mit dieser Anspielung die Aufmerksamkeit seines Neffen nicht auf sich selbst hat lenken wollen.

Schließlich muß auch noch des Feldmarschalls von Möllendorff gedacht werden. Was war inzwischen im Westen geschehen? Am 13. Oktober war die Order betreffend den Abmarsch aller Truppen nach Ansbach und Westfalen in Möllendorffs Hauptquartier eingetroffen. Die Ausführung dieses Befehls hätte zwar das Ende der preußischen Kampfhandlungen am Rhein bedeutet, zugleich aber auch das Rheinland mit Mainz und Frankfurt dem Zugriff des Feindes ausgesetzt, wenn nicht gleichzeitig ein Waffenstillstand unterzeichnet werden konnte. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß eine so vorbehaltlose Preisgabe des Westens nur zu einem unwürdigen Frieden führen konnte, entschloß sich Möllendorff, seinen Adjutanten von Meyerinck mit einem Schreiben zum König zu schicken, in welchem er bat, die Armee mit Ausnahme des Korps Hohenlohe vorerst am Rhein zu belassen, bis das Reich dieser Truppen nicht mehr bedurfte. Zugleich kündigte er dem Monarchen an, daß der Überbringer des Briefes ihm Eröffnungen zu machen habe, «die er der Feder nicht anvertrauen könne»<sup>115</sup>.

Das war am 19. Oktober. Vermutlich ist Meyerinck schon am 24. in Potsdam vom König empfangen worden<sup>116</sup>. In dieser offenbar sehr freundlich verlaufenen Audienz hat Meyerinck die Basler Verhandlungen enthüllt und so dargestellt, als habe Schmerz be-

---

sich auf etwaige politische Äußerungen, die in Sans-Souci gefallen waren, zu beziehen.

<sup>115</sup> Möllendorff an den König, 19. X. 1794 (Pr. G. St. A.), vgl. auch P. Hassel, 205.

<sup>116</sup> Heigel, II, 153; nach Zinzendorffs Bericht (s. Hassel, 205) fand die Audienz erst am 25. statt.

reits die erste Phase gut hinter sich gebracht. Der Major versicherte, daß auch die Franzosen einen Austausch der Gefangenen gewünscht und dafür die Schonung der preußischen Gebiete am Niederrhein in Aussicht gestellt hätten. Vermutlich würde, so fügte er hinzu, die Republik auf weitere Eroberungen verzichten und selbst die Unterwerfung Hollands nicht weiter betreiben, wenn man ihr Belgien dafür zubilligte.

Damit zeichnete sich dem König eine Möglichkeit ab, unter Vermeidung eines Sonderfriedens auf dem Wege über einen preußischen Frieden in Ehren einen allgemeinen Reichsfrieden unter seiner Vermittlung zustandezubringen. Das war in seinen Augen von allem Makel frei und geeignet, sein Ansehen weit über das der übrigen Fürsten zu erhöhen. Entsprechend den Vorschlägen des Feldherrn, blieb er bei dem Abmarsch Hohenlohes, widerrief er aber den Befehl bezüglich des Rückzuges der Hauptarmee. Möllendorff verblieb vorerst am Mittelrhein. Nur mit der Waffe in der Hand sollten die Besprechungen beginnen. Meyerinck wurde beauftragt, sich zu Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch nach Basel zu begeben und zugleich zu erkunden, wie weit die Republik eventuell zu einem Frieden bereit war. Die Armee ungeschlagen unter Waffen im Raum von Mainz, Verhandlungen in Basel bis zum Abschluß eines preußisch-französischen Friedensvertrages, ein allgemeiner Friedenskongreß irgendwo an den Ufern oder in der Nähe des Rheins, gekrönt von einem Frieden für das Reich und Europa, das war nun auch für den König eine verlockende Lösung, an die er noch ein ganzes Jahr glauben sollte und die ihm vor seinem Gewissen erst erlaubte, jene Befehle über Meyerinck an Möllendorff ergehen zu lassen. Als am 25. Oktober Prinz Heinrich zur Audienz erschien, bedurfte es wohl nur noch eines geringen Anstoßes, um den König für eine Aufgabe des Krieges zu gewinnen.

Damit war das Ringen um die Person des Königs anscheinend zu Ende. Vom 25. Oktober ab, dem Tage der Audienz des Prinzen Heinrich, war der König zu einer Verhandlung mit den Franzosen entschlossen. Offenbar ist er dem von allen Seiten kommenden Ansturm erlegen gewesen. Keiner seiner Berater war in der Lage, einen Weg für die Fortsetzung des Kampfes aufzuweisen. Hardenberg, noch am eifrigsten nach neuen Ressourcen suchend, befand sich in Frankfurt und konnte sich aus der Ferne unmöglich gegen die Friedenspartei durchsetzen. Die Suspendierung des Haager Traktats, die ungeheure Finanznot des Staates, das gespannte Verhältnis zu England und Österreich, der Wille, auf keinen Fall die polnischen Erwerbungen wieder zu verlieren, die ungeklärten Beziehungen zu Rußland bilden gleichsam den Fechtboden, auf dem Struensee,

Möllendorff und der Prinz zu einem gemeinsamen Siege gelangten, der in der Absicht oder wenigstens nach den Vorspiegelungen aller auch im Interesse des Reiches errungen werden sollte. Damit brachte der Monarch seine innersten Empfindungen, die der Heiligkeit unterschriebener Verträge gehörten, dem Staate zum Opfer, das ihm freilich durch die Aussicht erleichtert wurde, den Verbündeten oder wenigstens dem Reiche den Frieden zu vermitteln<sup>117</sup>. Als er die Gefahr, sich in ein Ghetto zu begeben, zerrinnen sah, schlug er zu – nach langem, inneren Kampf, wie die Zeugnisse beweisen. Die Verantwortung lag allein bei ihm. Unter Ausschaltung seiner Minister hat er nach jenem 25. Oktober in persönlicher Entscheidung den Major von Meyerinck zur Entgegennahme seiner Weisungen für die Basler Verhandlungen unmittelbar an den Feldmarschall verwiesen. Dieser sollte an Ort und Stelle alle weiteren Maßnahmen für die ersten Verhandlungen treffen. Denn er besaß das Vertrauen seines Herrn und schien über alle Fragen, die sich ergeben konnten, am besten unterrichtet zu sein.

### Drittes Kapitel

#### *Die Fortsetzung der Basler Gespräche durch Meyerinck*

Nach dem Empfang Meyerincks und des Prinzen Heinrich hatte es den Anschein, als sei der Träger der Krone endgültig bereit, sich mit der Republik zu verständigen. Der Gedanke, über eine separate Regelung für seine Monarchie hinausgehend auch dem Reich und den Verbündeten den Frieden wiedergeben zu können, hatte seine Bedenken offenbar weitgehend zerstreut. Jetzt schien er für den Frieden gewonnen. Prinz Heinrich war voller Hoffnung, als er am 29. Oktober seine bereits erwähnte Denkschrift dem König zugehen ließ. «Ich muß Ihnen sagen», schrieb er am 1. November seinem Bruder Ferdinand im tiefsten Geheimnis, «daß eine Denkschrift, die ich abgesandt habe, den größten Erfolg hatte, und daß man mir verspricht, sie wörtlich zu befolgen. Morgen früh schicke ich eine zweite ab. Es bleibt abzuwarten, ob man seine Versprechungen halten und ob man auch von der anderen Seite sich auf die

<sup>117</sup> Vgl. auch Thugut an Cobenzl, Wien, 13. 11. 1794: Preußen führe nicht nur eigene Verhandlungen mit dem Feind, es strebe auch einen allgemeinen Frieden an, indem es durch allerlei Schliche das Reich aufstachle, den Kaiser um eine Verhandlung mit Frankreich zu ersuchen. (Vivenot, Thugut und s. polit. System, Archiv f. österr. Gesch., Bd. 42, S. 409; E. Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, S. 9 f.).